

Protokoll 159. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 5. November 2025, 17.00 Uhr bis 21.24 Uhr, im Rathaus Hard
in Zürich-Aussersihl

Vorsitz: Präsident Christian Huser (FDP)

Beschlussprotokoll: Sekretariat Simon Kälin-Werth (Grüne)

Anwesend: 121 Mitglieder

Abwesend: Përparim Avdili (FDP), Isabel Garcia (FDP), Julia Hofstetter (Grüne), Roger Suter (FDP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|-----------------|--|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2025/471 * | Weisung vom 22.10.2025:
Tiefbauamt, Stadtzürcher Seebecken, Ökologische Ersatzmassnahmen, Rahmenkredit | VTE |
| 3. | 2025/461 *
E | Postulat von Stefan Urech (SVP), Yves Peier (SVP) und Sebastian Vogel (FDP) vom 01.10.2025:
Kunsthhaus Zürich, Wiedereinführung der Bezahlung mit Bargeld | STP |
| 4. | 2025/481 *
E | Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 22.10.2025:
Aufnahme und Behandlung von schwerverletzten oder kranken Kindern aus dem Gazastreifen im Rahmen der vom Bundesrat lancierten humanitären Rettungsaktion | VS |
| 5. | 2025/489 * | Interpellation der AL-, SP- und Grüne-Fraktion vom 22.10.2025:
Aufzonungen im Rahmen der geplanten Teilrevision der Bau- und Zonenordnung (BZO), Festhalten an der hälftigen Einforderung der Mehrausnützung für preisgünstigen Wohnraum, Auslegung des rechtlichen Spielraums, Zeitplan für die Revision und Berücksichtigung Volksinitiative zur vollen Mehrausnützung nach § 49b PBG sowie allfällige Aufsplittung der Vorlage | VHB |
| 6. | 2025/394 | Beschlussantrag von Dr. Jonas Keller (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) und Sophie Blaser (AL) vom 10.09.2025:
Debatten des Gemeinderats, Verbesserung der Zugänglichkeit für schwerhörige und gehörlose Personen | |

7.	2023/7		Weisung vom 01.10.2025: Motion von Matthias Renggli, Barbara Wiesmann und 6 Mitunterzeichnenden betreffend Gewährleistung des Datenschutzes und des Öffentlichkeitsprinzips sowie der Transparenz und Nachvollziehbarkeit bei Publikationen, Revision der Publikationsverordnung (PubV) und der Ausführungsbestimmungen (AB PubV), Antrag auf Fristerstreckung	STP
8.	2025/195		Weisung vom 21.05.2025: Stadtentwicklung, BlueLion Stiftung, Beiträge 2026–2029	STP
9.	2025/437	E/A	Postulat von Dr. Tamara Bosshardt (SP) und Christina Horisberger (SP) vom 24.09.2025: BlueLion, ausschliessliche Förderung von Startups, die einen sozialen oder ökologischen Beitrag leisten	STP
10.	2025/273		Weisung vom 02.07.2025: Kultur, Junges Literaturlabor JULL, Beiträge 2026–2029	STP
11.	2025/304		Weisung vom 09.07.2025: Kultur, Verein ZAZ BELLERIVE Zentrum Architektur Zürich, Beiträge 2026–2029	STP
12.	2024/538	A	Motion von Jean-Marc Jung (SVP), Samuel Balsiger (SVP) und Derek Richter (SVP) vom 27.11.2024: Rote Fabrik, Umwandlung in einen privat betriebenen Innovationshub und/oder ein Start-up-Cluster	STP
13.	2024/585	A/P	Motion der SP- und Grüne-Fraktion vom 18.12.2024: Zürich als «Menschenrechtsstadt», Verabschiedung einer Menschenrechtserklärung	STP
14.	2024/587	E/A	Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 18.12.2024: Verhinderung eines Verlusts von kostengünstigem Wohnraum bei Massen- und/oder Leerkündigungen	STP
15.	2025/2	E/A	Postulat von Selina Walgis (Grüne) und Tanja Maag (AL) vom 08.01.2025: Verhinderung der Leerkündigungen der drei Liegenschaften an der Langgrütstrasse 17/21, 25/29 und 33/37	STP
16.	2025/417		Beschlussantrag der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 17.09.2025: Brückenschlag mit der Stadt Amed/Diyarbakır, Reise einer gemeinderätlichen Delegation im Einklang mit den ökologischen Prinzipien der Stadt	
17.	2025/457		Beschlussantrag von Roger Bartholdi (SVP), Stefan Urech (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 01.10.2025: Verfügbarkeit der Stadtpolizei, Untersuchung und Berichterstattung durch die GPK	

18. 2025/476 Beschlussantrag von Roger Meier (FDP) und Flurin Capaul (FDP) vom 22.10.2025:
Abschaltung des CMI-Audit-Servers und Aufhebung des entsprechenden Reglements

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

5339. 2025/514 Erklärung der SP- und Grüne-Fraktion vom 05.11.2025: Rücktritt des CEO der Energie 360° AG

Namens der SP- und Grüne-Fraktion verliest Tom Cassee (SP) folgende Fraktions-
erklärung:

Überfälliger Rücktritt des Energie360°-CEO – und politische Konsequenzen

Aus drei Gründen ist der vor einer Stunde angekündigte Rücktritt von Energie360°-CEO Jörg Wild überfällig.

1. Geheime Bewerbung bei der Konkurrenz ist untragbar

Wer sich heimlich bei der Konkurrenz der Stadt bewirbt, während über den Verkauf des eigenen Unternehmens an ebendiese Konkurrenz verhandelt wird, beschädigt das Vertrauen schwer. Jörg Wild bewarb sich hinter dem Rücken des Stadtrats bei den Elektrizitätswerken des Kantons Zürich (EKZ) – und informierte den Verwaltungsratspräsidenten und zuständigen Stadtrat Michael Baumer (FDP) nicht.

Erst nachdem der Artikel auf Inside Paradeplatz erschien, wurde der Vorgang überhaupt transparent. Es geht hier also nicht darum, ob sich ein CEO bewerben darf, sondern wie er es tut – und dass er seine Loyalität gegenüber der Stadt verletzt hat.

2. Offensichtlicher Interessenkonflikt in laufenden Verkaufsverhandlungen

Besonders gravierend ist, dass Wild offenbar auch während seiner Bewerbung noch in die Verkaufsverhandlungen mit den EKZ involviert war. Das lässt sich kaum anders interpretieren. Das Departement der industriellen Betriebe betont zwar, Wild sei seit Bekanntwerden der Bewerbung nicht mehr involviert – doch zu diesem Zeitpunkt war der Schaden längst angerichtet. Ein CEO, der gleichzeitig mit einem potenziellen Käufer über einen milliardenschweren Deal verhandelt und sich dort selbst bewirbt, handelt in einem klaren Interessenkonflikt.

3. Wegschauen statt Verantwortung übernehmen

Der Fall zeigt auch ein politisches Problem auf: FDP-Mitglied Wild wurde viel zu lange vom FDP-Stadtrat und VR-Präsidenten Michael Baumer geschützt.

Und selbst ein FDP-Gemeinderat meinte, die «Aufregung der linken Parteien» habe «keine inhaltliche Substanz» – ein verheerendes Signal angesichts eines offensichtlichen Loyalitätsbruchs.

Was jetzt zählt: Vertrauen wiederherstellen

Nach dieser Affäre ist viel Vertrauen zerstört. Der neue CEO steht vor einer Mammutaufgabe. Jetzt ist Stadtrat Baumer gefordert, glaubwürdig für einen Neuanfang zu sorgen – mit einer Person, die nicht im Verdacht steht, das alte FDP-Netzwerk einfach weiterzuführen.

5340. 2025/515**Erklärung der GLP-Fraktion vom 05.11.2025:
Verkauf der Energie 360° AG**

Namens der GLP-Fraktion verliest Serap Kahrman (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Führungsversagen auf höchster Ebene - Zeit für einen Wechsel

Die GLP ist überzeugt: Der Verkauf der Energie 360° AG ist richtig.

Die Stadt Zürich muss sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Sie braucht nicht Mehrheitsaktionärin eines Unternehmens zu sein, das fast ausschliesslich ausserhalb der Stadt tätig ist. Ob das Gasnetz im Niederdorf in städtischer Hand geblieben wäre, ist für uns eine Detailfrage. Der Zusammenschluss hätte hingegen die Chance geboten, im Kanton Zürich einen Energiedienstleister zu schaffen, der unabhängig vom Energieträger agiert.

Doch leider haben der Stadtrat Baumer, das Departement der Industriellen Betriebe und die Energie 360° AG durch ihr unverantwortliches Verhalten den Verkauf faktisch verhindert. Ein Vorgang, der Vertrauen und Professionalität voraussetzt, ist in Missmanagement versunken.

Wenn sich der Chef eines Unternehmens, an dem die Stadt Zürich 96 % hält, mitten in laufenden Verkaufsverhandlungen beim potenziellen Käufer bewirbt und der zuständige Stadtrat davon erst erfährt, wenn die Medien Fragen stellen, dann ist das kein kleiner Fehltritt. Das ist klares Führungsversagen.

Eine solche Situation entsteht dann, wenn an der Spitze keine Kultur des Vertrauens und der Offenheit herrscht. In einer Organisation, in der auf Augenhöhe kommuniziert und Verantwortung geteilt wird, hätte Jörg Wild am Tag seiner Bewerbung den Stadtrat Baumer informiert und die Begleitung der Verkaufsverhandlung seinem Stellvertreter übergeben.

Dass dies nicht geschehen ist, spricht Bände über den Zustand der Führungs- und Kommunikationskultur im Departement der Industriellen Betriebe unter der Leitung von Stadtrat Baumer. Wer eine solche Verantwortung trägt, muss Integrität vorleben und nicht nur einfordern. Fehlt dieses Vertrauen, bricht das Vertrauen in den gesamten Verkaufsprozess zusammen.

Stadtrat Baumer verweigerte zudem gestern eine persönliche Stellungnahme gegenüber der Bevölkerung und hat erst heute nach medialem und politischem Druck reagiert.

Aus Sicht der GLP droht der Verkaufsprozess damit leider zu scheitern. Es braucht jetzt einen Wechsel, damit der Verkaufsprozess neu und vertrauenswürdig gestartet werden kann. Ein Wechsel hin zu einer Führung, die Verantwortung übernimmt, Transparenz lebt und Vertrauen schafft, sowohl in den Betrieben als auch im Stadtrat, ist dringend nötig.

Für die GLP bedeutet das klar: Aufbruch zu einer neuen Führungskultur. Die GLP steht bereit.

5341. 2025/516**Erklärung der AL-Fraktion vom 05.11.2025:
Energie 360° AG – Liberalisierung im Service Public**

Namens der AL-Fraktion verliest Christian Häberli (AL) folgende Fraktionserklärung:

Aufräumen in dem Laden!

Gestern konnten wir den Medien entnehmen, dass sich Jörg Wild, Chef der Energie 360° für den freiwerdenden Chefposten bei den EKZ beworben hat. Ja, das war eine brisante Meldung, weil erst vor wenigen Wochen öffentlich wurde, dass der Stadtrat die Energie 360° ans EKZ verkaufen möchte. Dass der CEO des zum Verkauf stehenden Unternehmens ausgerechnet zum Käufer wechselt, war erklärungsbedürftig. Das hat sich heute Nachmittag gelöst, als bekannt wurde, dass Jörg Wild Energie 360 verlassen wird.

So weit so gut. Doch es ist völlig verfehlt, zu meinen, dass das Problem jetzt gelöst ist. Im Gegenteil, es ist umso offensichtlicher, dass es hier dringend eine Wurzelbehandlung braucht. Letztlich zeigt der Vorgang rund um den E360 Grad CEO sehr anschaulich, dass die sogenannte Liberalisierung im Service Public komplett gescheitert ist. Es ist symptomatisch, dass sich in diesem Bereich ein Netzwerk (auch Filz genannt) gebildet hat, das sich ausserhalb der demokratischen Kontrolle verselbständigt hat. Es ist bezeichnend, dass diese Netzwerke ausgerechnet aus Vertreter:innen jener Parteien besteht, die unermüdlich den so genannten freien Markt predigen.

Statt öffentlichen Diensten, wie es die städtische Gasversorgung einst war, haben wir heute eine städtische AG, welche aus einem bunten Flickenteppich von Beteiligungen, Nebenaufgaben und Hobbies von Möchtegern-Unternehmer:innen besteht. Es ist allerhöchste Zeit, hier aufzuräumen, auch wenn das nicht

schmerzfrei sein wird. Die AL nimmt diese Herausforderung gerne an und wird hartnäckig daran arbeiten, jene Teile von Energie 360° zu rekommunalisieren, die Leistungen für das Gemeinwesen erbringen. Der entsprechende Vorstoss liegt für die Debatte vom nächsten Mittwoch bereit. Wir verlangen mit unserem Vorstoss auch, dass die Infrastrukturen in die Kontrolle jener Gemeinden zurückgeführt werden, auf deren Gebiet sie sich befinden. Genauso sollen jene Teile, die nicht dem Service public in der Stadt Zürich dienen, abgewickelt werden. Dazu gehören z.B. die Ladestationen für E-Autos in den Einkaufszentren in Chiasso. Es ist höchste Zeit, dass auch die Bürgerlichen aus den Neoliberalisierungsträumen der 1990er Jahre erwachen und sich auf das konzentrieren, was ein Gemeinwesen ausmacht: Eine solide aufgestellte Grundversorgung, so wie das die AL auch bei der Gesundheitsversorgung bewirkt hat, als wir die Ausgliederung des Stadspitals verhindert haben.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe zur Situation bei der Energie 360° AG Stellung.

G e s c h ä f t e

5342. 2025/471

Weisung vom 22.10.2025:

Tiefbauamt, Stadtzürcher Seebecken, Ökologische Ersatzmassnahmen, Rahmenkredit

Die Zuweisung an die SK SID/V gemäss Antrag des Stadtrats war an der Sitzung der Geschäftsleitung vom 3. November 2025 umstritten.

Brigitte Fürer (Grüne) stellt namens der Grüne-Fraktion den Antrag auf Zuweisung an die SK TED/DIB.

Der Rat lehnt den Antrag des Stadtrats mit 12 gegen 103 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Damit ist das Geschäft der SK TED/DIB überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5343. 2025/461

Postulat von Stefan Urech (SVP), Yves Peier (SVP) und Sebastian Vogel (FDP) vom 01.10.2025:

Kunsthhaus Zürich, Wiedereinführung der Bezahlung mit Bargeld

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5344. 2025/481**Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 22.10.2025:
Aufnahme und Behandlung von schwerverletzten oder kranken Kindern aus
dem Gazastreifen im Rahmen der vom Bundesrat lancierten humanitären
Rettungsaktion**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Severin Meier (SP) vom 29. Oktober 2025 (vergleiche Beschluss-Nr. 5299/2025)

Die Dringlicherklärung wird von 82 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 124 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

5345. 2025/489**Interpellation der AL-, SP- und Grüne-Fraktion vom 22.10.2025:
Aufzonungen im Rahmen der geplanten Teilrevision der Bau- und Zonenordnung
(BZO), Festhalten an der hälftigen Einforderung der Mehrausnützung für preis-
günstigen Wohnraum, Auslegung des rechtlichen Spielraums, Zeitplan für die
Revision und Berücksichtigung Volksinitiative zur vollen Mehrausnützung nach
§ 49b PBG sowie allfällige Aufsplittung der Vorlage**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Tanja Maag (AL) vom 29. Oktober 2025 (vergleiche Beschluss-Nr. 5298/2025)

Die Dringlicherklärung wird von 74 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 124 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

5346. 2025/394**Beschlussantrag von Dr. Jonas Keller (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) und
Sophie Blaser (AL) vom 10.09.2025:
Debatten des Gemeinderats, Verbesserung der Zugänglichkeit für schwerhörige
und gehörlose Personen**

Dr. Jonas Keller (SP) begründet den Beschlussantrag (vergleiche Beschluss-Nr. 5061/2025).

Stephan Iten (SVP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Die Geschäftsleitung des Gemeinderats wird aufgefordert zu prüfen, wie die Zugänglichkeit zu den Debatten des Gemeinderats für schwerhörige und gehörlose Personen verbessert werden kann. Insbesondere soll geprüft werden, wie der Livestream der Ratsdebatte mit einer Verdolmetschung in Gebärdensprache und Live-Untertitelung ausgestattet werden kann.

Dr. Jonas Keller (SP) ist mit der Textänderung nicht einverstanden.

Der Rat stimmt dem Beschlussantrag mit 84 gegen 31 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Weiterbehandlung durch die Geschäftsleitung im Sinne von Art. 154 GeschO GR

Damit ist beschlossen:

2025/394

Debatten des Gemeinderats, Verbesserung der Zugänglichkeit für schwerhörige und gehörlose Personen

Die Geschäftsleitung des Gemeinderats wird aufgefordert zu prüfen, wie die Zugänglichkeit zu den Debatten des Gemeinderats für schwerhörige und gehörlose Personen verbessert werden kann. Insbesondere soll geprüft werden, wie der Livestream der Ratsdebatte mit einer Verdolmetschung in Gebärdensprache und Live-Untertitelung ausgestattet werden kann.

Mitteilung an den Stadtrat

5347. 2023/7

Weisung vom 01.10.2025:

Motion von Matthias Renggli, Barbara Wiesmann und 6 Mitunterzeichnenden betreffend Gewährleistung des Datenschutzes und des Öffentlichkeitsprinzips sowie der Transparenz und Nachvollziehbarkeit bei Publikationen, Revision der Publikationsverordnung (PubV) und der Ausführungsbestimmungen (AB PubV), Antrag auf Fristerstreckung

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristerstreckung zur Vorlage einer Weisung zur Motion GR Nr. 2023/7.

Der Rat stimmt der sofortigen materiellen Behandlung stillschweigend zu.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 103 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die Frist zur Erfüllung der am 31. Januar 2024 überwiesenen Motion, GR Nr. 2023/7, von Matthias Renggli und Barbara Wiesmann (beide SP) und sechs Mitunterzeichnenden vom 11. Januar 2023 betreffend Gewährleistung des Datenschutzes und des Öffentlichkeitsprinzips sowie der Transparenz und Nachvollziehbarkeit bei Publikationen, Revision der Publikationsverordnung (PubV) und der Ausführungsbestimmungen (AB PubV) wird um zwölf Monate bis zum 31. Januar 2027 verlängert.

Mitteilung an den Stadtrat

5348. 2025/195**Weisung vom 21.05.2025:****Stadtentwicklung, BlueLion Stiftung, Beiträge 2026–2029**

Antrag des Stadtrats

Für die Förderung von Startups wird der BlueLion-Stiftung für die Jahre 2026–2029 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 500 000.– bewilligt.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Änderungsanträge 1–2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats und folgende neue Dispositivziffer 2 (Der Antrag des Stadtrats wird zu Dispositivziffer 1):

1. Für die Förderung von Startups wird der BlueLion-Stiftung für die Jahre 2026–2029 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 500 000.– 350 000.– bewilligt.
2. Für die vorübergehende Angebotsausweitung der Förderung aufgrund der angestiegenen Nachfrage wird der BlueLion-Stiftung ein einmaliger Beitrag von Fr. 600 000.– bewilligt.

Die Minderheit 1 der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Für die Förderung von Startups wird der BlueLion-Stiftung für die Jahre 2026–2029 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 500 000.– 350 000.– bewilligt.

Die Minderheit 2 der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Änderungsanträge.

Mehrheit:	Referat: Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium; Maya Kägi Götz (SP), Präsidium; Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Cordelia Forde (SP), Leah Heuri (SP) i. V. von Dr. Tamara Bosshardt (SP), Liv Mahrer (SP)
Minderheit 1:	Referat: Sabine Koch (FDP); Sophie Blaser (AL), Yasmine Bourgeois (FDP), Isabel Garcia (FDP), Stefan Urech (SVP)
Minderheit 2:	Referat: Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP); Christine Huber (GLP)

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 2	15 Stimmen
Antrag Mehrheit	65 Stimmen
Antrag Minderheit 1	<u>38 Stimmen</u>
Total	118 Stimmen
= absolutes Mehr	60 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zu den bereinigten Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit:	Referat: Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium; Maya Kägi Götz (SP), Präsidium; Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Cordelia Forde (SP), Leah Heuri (SP) i. V. von Dr. Tamara Bosshardt (SP), Christine Huber (GLP), Liv Mahrer (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)
Minderheit:	Referat: Sabine Koch (FDP); Sophie Blaser (AL), Yasmine Bourgeois (FDP), Isabel Garcia (FDP), Stefan Urech (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs.1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 38 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist beschlossen:

1. Für die Förderung von Startups wird der BlueLion-Stiftung für die Jahre 2026–2029 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 350 000.– bewilligt.
2. Für die vorübergehende Angebotsausweitung der Förderung aufgrund der angestiegenen Nachfrage wird der BlueLion-Stiftung ein einmaliger Beitrag von Fr. 600 000.– bewilligt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 12. November 2025 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 12. Januar 2026)

5349. 2025/437

Postulat von Dr. Tamara Bosshardt (SP) und Christina Horisberger (SP) vom 24.09.2025:
BlueLion, ausschliessliche Förderung von Startups, die einen sozialen oder ökologischen Beitrag leisten

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Tamara Bosshardt (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5171/2025).

Sabine Koch (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 22. Oktober 2025 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Nicolas Cavalli (GLP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er sich dafür einsetzen kann, dass die Stiftung BlueLion ausschliesslich grossmehrheitlich Startups fördert, die einen sozialen oder ökologischen Beitrag leisten.

Dr. Tamara Bosshardt (SP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 78 gegen 38 Stimmen (bei 1 Enthaltung) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5350. 2025/273

Weisung vom 02.07.2025:

Kultur, Junges Literaturlabor JULL, Beiträge 2026–2029

Antrag des Stadtrats

1. Für den Betrieb des Jungen Literaturlabors JULL wird der «Die Provinz GmbH, gemeinnützige Gesellschaft für Kulturprojekte» für die Jahre 2026–2029 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 517 539.– bewilligt. Dieser setzt sich zusammen aus einem Betriebsbeitrag von Fr. 419 100.– sowie dem Erlass der Kostenmiete von Fr. 98 439.–.
2. Der Betriebsbeitrag wird jährlich per 1. Januar an die Teuerung angepasst. Massgebend ist der prozentuale Wert des Teuerungsausgleichs, den die Stadt Zürich ihrem Personal im Vorjahr gewährt hat.
3. Weist die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von weniger als 100 Millionen Franken aus, reduziert sich die Subvention analog Gemeinderatsbeschluss Nr. 1158/2019 (GR Nr. 2017/59).

Referat zur Vorstellung der Weisung: Maya Kägi Götz (SP), Präsidium

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Streichung der Dispositivziffer 2 (Die Dispositivziffer 3 wird zu Dispositivziffer 2).

Mehrheit:	Referat: Maya Kägi Götz (SP), Präsidium; Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium; Sophie Blaser (AL), Dr. Tamara Bosshardt (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Maleica Landolt (GLP) i. V. von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Liv Mahrer (SP), Patrick Stählin (GLP) i. V. von Christine Huber (GLP)
Minderheit:	Referat: Sabine Koch (FDP); Yasmine Bourgeois (FDP), Stefan Urech (SVP)
Abwesend:	Isabel Garcia (FDP)
Vakant:	1 Sitz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 30 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Streichung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit:	Referat: Maya Kägi Götz (SP), Präsidium; Dr. Tamara Bosshardt (SP), Yasmine Bourgeois (FDP), Sabine Koch (FDP), Maleica Landolt (GLP) i. V. von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Liv Mahrer (SP), Patrick Stählin (GLP) i. V. von Christine Huber (GLP), Stefan Urech (SVP)
Minderheit:	Referat: Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium; Sophie Blaser (AL), Dr. Balz Bürgisser (Grüne)
Abwesend:	Isabel Garcia (FDP)
Vakant:	1 Sitz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 25 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–3

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–3.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–3.

Mehrheit:	Referat: Maya Kägi Götz (SP), Präsidium; Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium; Sophie Blaser (AL), Dr. Tamara Bosshardt (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Maleica Landolt (GLP) i. V. von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Liv Mahrer (SP), Patrick Stählin (GLP) i. V. von Christine Huber (GLP)
Minderheit:	Referat: Sabine Koch (FDP); Yasmine Bourgeois (FDP), Stefan Urech (SVP)
Abwesend:	Isabel Garcia (FDP)
Vakant:	1 Sitz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 87 gegen 30 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Für den Betrieb des Jungen Literaturlabors JULL wird der «Die Provinz GmbH, gemeinnützige Gesellschaft für Kulturprojekte» für die Jahre 2026–2029 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 517 539.– bewilligt. Dieser setzt sich zusammen aus einem Betriebsbeitrag von Fr. 419 100.– sowie dem Erlass der Kostenmiete von Fr. 98 439.–.
2. Der Betriebsbeitrag wird jährlich per 1. Januar an die Teuerung angepasst. Massgebend ist der prozentuale Wert des Teuerungsausgleichs, den die Stadt Zürich ihrem Personal im Vorjahr gewährt hat.
3. Weist die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von weniger als 100 Millionen Franken aus, reduziert sich die Subvention analog Gemeinderatsbeschluss Nr. 1158/2019 (GR Nr. 2017/59).

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 12. November 2025 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 12. Januar 2026)

5351. 2025/304**Weisung vom 09.07.2025:****Kultur, Verein ZAZ BELLERIVE Zentrum Architektur Zürich, Beiträge 2026–2029**

Ausstand: Maya Kägi Götz (SP)

Antrag des Stadtrats

1. Für den Betrieb des ZAZ BELLERIVE wird dem Verein ZAZ BELLERIVE Zentrum Architektur Zürich für die Jahre 2026–2029 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 704 898.– bewilligt. Dieser setzt sich zusammen aus einem Betriebsbeitrag von Fr. 370 800.– und dem Erlass der Kostenmiete von Fr. 334 098.–.
2. Der Betriebsbeitrag wird jährlich per 1. Januar an die Teuerung angepasst. Massgebend ist der prozentuale Wert des Teuerungsausgleichs, den die Stadt Zürich ihrem Personal im Vorjahr gewährt hat.
3. Weist die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von weniger als 100 Millionen Franken aus, reduziert sich die Subvention analog Gemeinderatsbeschluss Nr. 1158/2019 (GR Nr. 2017/59).

Referat zur Vorstellung der Weisung: Dr. Balz Bürgisser (Grüne)

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Für den Betrieb des ZAZ BELLERIVE wird dem Verein ZAZ BELLERIVE Zentrum Architektur Zürich für die Jahre 2026–2029 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. ~~704 898.–~~ 484 098.– bewilligt. Dieser setzt sich zusammen aus einem Betriebsbeitrag von Fr. ~~370 800.–~~ 150 000.– und dem Erlass der Kostenmiete von Fr. 334 098.–.

Mehrheit: Referat: Dr. Balz Bürgisser (Grüne); Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium; Sophie Blaser (AL), Nadina Diday (SP) i. V. von Maya Kägi Götz (SP), Präsidium; Cordelia Forde (SP), Leah Heuri (SP) i. V. von Dr. Tamara Bosshardt (SP), Christine Huber (GLP), Liv Mahrer (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)

Minderheit: Referat: Sabine Koch (FDP); Yasmine Bourgeois (FDP), Isabel Garcia (FDP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 39 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Streichung der Dispositivziffer 2 (Die Dispositivziffer 3 wird zu Dispositivziffer 2).

Mehrheit: Referat: Dr. Balz Bürgisser (Grüne); Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium; Sophie Blaser (AL), Nadina Diday (SP) i. V. von Maya Kägi Götz (SP), Präsidium; Cordelia Forde (SP), Leah Heuri (SP) i. V. von Dr. Tamara Bosshardt (SP), Christine Huber (GLP), Liv Mahrer (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)

Minderheit: Referat: Sabine Koch (FDP); Yasmine Bourgeois (FDP), Isabel Garcia (FDP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 29 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Streichung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit: Referat: Sabine Koch (FDP); Yasmine Bourgeois (FDP), Nadina Diday (SP) i. V. von Maya Kägi Götz (SP), Präsidium; Cordelia Forde (SP), Isabel Garcia (FDP), Leah Heuri (SP) i. V. von Dr. Tamara Bosshardt (SP), Christine Huber (GLP), Liv Mahrer (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Stefan Urech (SVP)

Minderheit: Referat: Dr. Balz Bürgisser (Grüne); Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium; Sophie Blaser (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 90 gegen 26 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–3

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–3.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–3.

Mehrheit: Referat: Dr. Balz Bürgisser (Grüne); Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium; Sophie Blaser (AL), Nadina Diday (SP) i. V. von Maya Kägi Götz (SP), Präsidium; Cordelia Forde (SP), Leah Heuri (SP) i. V. von Dr. Tamara Bosshardt (SP), Christine Huber (GLP), Liv Mahrer (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)

Minderheit: Referat: Sabine Koch (FDP); Yasmine Bourgeois (FDP), Isabel Garcia (FDP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 39 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Für den Betrieb des ZAZ BELLERIVE wird dem Verein ZAZ BELLERIVE Zentrum Architektur Zürich für die Jahre 2026–2029 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 704 898.– bewilligt. Dieser setzt sich zusammen aus einem Betriebsbeitrag von Fr. 370 800.– und dem Erlass der Kostenmiete von Fr. 334 098.–.

2. Der Betriebsbeitrag wird jährlich per 1. Januar an die Teuerung angepasst. Massgebend ist der prozentuale Wert des Teuerungsausgleichs, den die Stadt Zürich ihrem Personal im Vorjahr gewährt hat.
3. Weist die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von weniger als 100 Millionen Franken aus, reduziert sich die Subvention analog Gemeinderatsbeschluss Nr. 1158/2019 (GR Nr. 2017/59).

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 12. November 2025 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 12. Januar 2026)

5352. 2024/538

Motion von Jean-Marc Jung (SVP), Samuel Balsiger (SVP) und Derek Richter (SVP) vom 27.11.2024:

Rote Fabrik, Umwandlung in einen privat betriebenen Innovationshub und/oder ein Start-up-Cluster

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab.

Jean-Marc Jung (SVP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 4001/2024).

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Die Motion wird mit 12 gegen 103 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

5353. 2024/585

Motion der SP- und Grüne-Fraktion vom 18.12.2024:

Zürich als «Menschenrechtsstadt», Verabschiedung einer Menschenrechts-erklärung

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Rahel Habegger (SP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 4121/2024).

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Rahel Habegger (SP) ist einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Marita Verballi (FDP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das Postulat GR Nr. 2025/517 (statt Motion GR Nr. 2024/585, Umwandlung) wird mit 77 gegen 38 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Der Ratspräsident Christian Huser (FDP) gibt die Absetzung der folgenden Geschäfte von der heutigen Tagliste bekannt:

- TOP 14, GR Nr. 2024/587, «Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 18.12.2024: Verhinderung eines Verlusts von kostengünstigem Wohnraum bei Massen- und/oder Leerkündigungen»
- TOP 15, GR Nr. 2025/2, «Postulat von Selina Walgis (Grüne) und Tanja Maag (AL) vom 08.01.2025: Verhinderung der Leerkündigungen der drei Liegenschaften an der Langgrütstrasse 17/21, 25/29 und 33/37»

Tanja Maag (AL) stellt den Ordnungsantrag auf Nichtabsetzung von TOP 14 und 15.

Der Rat lehnt den Ordnungsantrag mit 46 gegen 64 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) ab.

Die Geschäfte werden in einer nächsten Sitzung neu traktandiert.

5354. 2025/417

**Beschlussantrag der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 17.09.2025:
Brückenschlag mit der Stadt Amed/Diyarbakır, Reise einer gemeinderätlichen
Delegation im Einklang mit den ökologischen Prinzipien der Stadt**

Yves Henz (Grüne) begründet den Beschlussantrag (vergleiche Beschluss-Nr. 5115/2025).

Roger Bartholdi (SVP) stellt den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Der Rat stimmt dem Beschlussantrag mit 63 gegen 52 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Weiterbehandlung durch die Geschäftsleitung im Sinne von Art. 154 GeschO GR

Damit ist beschlossen:

2025/417

**Brückenschlag mit der Stadt Amed/Diyarbakır, Reise einer gemeinderätlichen
Delegation im Einklang mit den ökologischen Prinzipien der Stadt**

Um den Brückenschlag zwischen der Stadt Zürich und der Stadt Amed/ Diyarbakır zu stärken, soll eine Delegation von Gemeinderatsmitglieder nach Amed/ Diyarbakır durch die Parlamentsdienste organisiert werden. Diese Reise soll im Einklang mit den ökologischen Prinzipien der Stadt Zürich möglichst auf dem Landweg erfolgen.

Mitteilung an den Stadtrat

5355. 2025/457

**Beschlussantrag von Roger Bartholdi (SVP), Stefan Urech (SVP) und Stephan Iten
(SVP) vom 01.10.2025:
Verfügbarkeit der Stadtpolizei, Untersuchung und Berichterstattung durch
die GPK**

Roger Bartholdi (SVP) begründet den Beschlussantrag (vergleiche Beschluss-Nr. 5214/2025).

Dominique Späth (SP) stellt den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Der Rat stimmt dem Beschlussantrag mit 60 gegen 52 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) zu.

Weiterbehandlung durch die Geschäftsprüfungskommission im Sinne von Art. 154 GeschO GR

Damit ist beschlossen:

2025/457

Verfügbarkeit der Stadtpolizei, Untersuchung und Berichterstattung durch die GPK

Die Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderats (GPK) wird beauftragt, die aktuellen Vorfälle der Stadtpolizei über ihre Verfügbarkeit zu untersuchen. Die GPK erstattet dem Gemeinderat einen Bericht.

Mitteilung an den Stadtrat

5356. 2025/476

Beschlussantrag von Roger Meier (FDP) und Flurin Capaul (FDP) vom 22.10.2025: Abschaltung des CMI-Audit-Servers und Aufhebung des entsprechenden Reglements

Roger Meier (FDP) begründet den Beschlussantrag (vergleiche Beschluss-Nr. 5273/2025).

Sven Sobernheim (GLP) stellt den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Der Rat lehnt den Beschlussantrag mit 18 gegen 92 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) ab.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

5357. 2025/518

Motion von Matthias Renggli (SP), Marco Denoth (SP) und Christian Traber (Die Mitte) vom 05.11.2025: Walcheplatz, Umgestaltung zu einer einladenden und intensiv begrünten Parkanlage mit Verweilmöglichkeiten

Von Matthias Renggli (SP), Marco Denoth (SP) und Christian Traber (Die Mitte) ist am 5. November 2025 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, um den Walcheplatz zeitnah in eine einladende und intensiv begrünte Parkanlage mit Verweilmöglichkeiten umzugestalten.

Begründung:

Wer durch das Walchetor schreitet, gelangt zu einem Platz, welcher nicht der kommunalen Richtplanung entspricht. Trotz der Sicht auf die Limmat und die Rosskastanienallee entlang des Neumühlequais sowie auf den Hauptbahnhof und das Landesmuseum dient der Walcheplatz teils als Parkplatz und teils als Installationsplatz für Material und Baumaschinen. Die Sitzbänke – darunter zwei «Wie geht's dir?»-Bänkli, die zum Gespräch einladen sollen – stehen zwar idyllisch im Schatten der Platanen, wirken jedoch verloren neben den Parkfeldern und Containern.

Wird der nicht für die Fahrbahn benötigte Teil des städtischen Grundstücks Nr. AA4002 zusammen mit dem bereits für den Langsamverkehr bereitgestellten Raum vom Walchetor kombiniert, besteht entsprechender Gestaltungsraum. Die bestehenden sechs Platanen sollen erhalten bleiben und mit weiterer Begrünung (Bäume, Sträucher, Hecken, Blumen etc.), einem Brunnen und weiteren einladenden Verweilmöglichkeiten (Bänken und/oder anderen Sitzgelegenheiten) kombiniert werden. Vielleicht bieten sich auch gastronomische Opportunitäten an. Für das im angrenzenden Gebäude eingemietete Gewerbe sollen die Erschliessung und der Warenumsatz weiterhin gewährleistet bleiben.

Aufgrund der zentralen Lage beim Hauptbahnhof, der Nähe zu zahlreichen Büros und der hohen Fussgängerfrequenz besteht bereits heute, insbesondere zur Mittags- und Abendzeit, ein grosses Bedürfnis nach einem attraktiv gestalteten, stark begrünten Aufenthaltsort am Walcheplatz. Auch im Hinblick auf den Masterplan HB/Central erscheint es zielführend, diesen Platz zu einem «Pocketpark» aufzuwerten.

Mitteilung an den Stadtrat**5358. 2025/519**

Postulat von Selina Walgis (Grüne), Fanny de Weck (SP) und Moritz Bögli (AL) vom 05.11.2025:

Übernahme der Kosten für die Ausstellung der Kulturlegi für Bevölkerungsgruppen in besonders prekären finanziellen Situationen

Von Selina Walgis (Grüne), Fanny de Weck (SP) und Moritz Bögli (AL) ist am 5. November 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert, zu prüfen, wie die Stadt Zürich die Kosten für die Ausstellung der Kulturlegi für Bevölkerungsgruppen in besonders prekären finanziellen Situationen übernehmen kann.

Begründung:

Die Kulturlegi leistet einen wichtigen Beitrag zur sozialen Teilhabe in der Stadt Zürich. Sie ermöglicht Menschen mit einem knappen Budget beispielsweise den Zugang zu kulturellen, sportlichen und bildungsbezogenen Angeboten zu vergünstigten Preisen. Gerade für Personen, die von Armut betroffen oder armutsgefährdet sind, stellt sie eine Brücke zur gesellschaftlichen Teilhabe dar.

Während die Kulturlegi im ersten Jahr kostenlos ist, fallen ab dem zweiten Jahr Kosten von 20 Franken an. Für viele Personen mag dieser Betrag gering erscheinen, doch für Menschen mit besonders knappem Budget kann selbst ein solcher Betrag eine reale Hürde darstellen; etwa für Personen in der Sozial- oder Nothilfe oder solche, die Ergänzungsleistungen beziehen. Diese Hürde könnte durch eine Kostenübernahme für bestimmte vulnerable Gruppen abgebaut werden.

Eine solche Massnahme würde die niederschwellige Zugänglichkeit kultureller Angebote in Zürich stärken und damit einen Beitrag zu einer solidarischen Stadt leisten.

Mitteilung an den Stadtrat**5359. 2025/520**

Postulat von Nadina Diday (SP), Tanja Maag (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 05.11.2025:

Umsetzung des Modells «Community Health Workers (CHWs)» zur Verbesserung der psychischen Gesundheitsversorgung für Menschen mit Migrationshintergrund

Von Nadina Diday (SP), Tanja Maag (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) ist am 5. November 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, zu prüfen, wie das international bewährte Modell «Community Health Workers» (CHWs) angelehnt an das US-amerikanische Programm «Strong Minds-Strong Communities», zur Verbesserung der psychischen Gesundheitsversorgung für Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadt Zürich in einem Pilotprojekt umgesetzt werden kann.

Begründung:

Studien zeigen, dass Menschen mit Migrationserfahrung in der Schweiz überdurchschnittlich häufig unter Depressionen und Angststörungen leiden. In einer multikulturellen Stadt wie Zürich bestehen nach wie vor erhebliche Hürden beim Zugang zur psychischen Gesundheitsversorgung, insbesondere für Menschen mit Migrationshintergrund. Sprachliche, kulturelle und strukturelle Barrieren führen dazu, dass Unterstützungsangebote erst in fortgeschrittenen Krankheitsstadien genutzt werden – mit Folgen wie chronischer Erkrankung, Arbeitsausfällen sowie erhöhten gesellschaftlichen und Gesundheitskosten. Dies verstärkt individuelles Leid und verursacht langfristig höhere soziale und volkswirtschaftliche Kosten. Ein effektiver, kultursensibler und niederschwelliger Ansatz ist daher dringend notwendig, um die gesundheitliche Chancengleichheit zu fördern.

Das Modell der «Community Health Workers» (CHW) ist ein international erprobter und evidenzbasierter Ansatz, um diese Versorgungslücke zu schliessen. Dabei handelt es sich um geschulte Laien aus den betroffenen Gemeinschaften selbst, die als wichtige Brückenbauer zwischen Klienten und dem Gesundheitssystem wirken, – durch Aufklärung, psychosoziale Unterstützung, Begleitung und Vermittlung. Programme wie «Strong Minds-Strong Communities» (USA) beispielsweise zeigen, dass Teilnehmende, die von CHWs betreut wurden, signifikante Verbesserungen bei Depressions- und Angstsymptomen sowie ihrer Lebensqualität erreichten. Auch Erfahrungen aus Kanada, Grossbritannien und ersten Schweizer Projekten (z. B. Basel, Bern) belegen die Wirksamkeit und Akzeptanz dieses Ansatzes. Dieser Ansatz baut zudem Kapazitäten direkt in den Gemeinschaften auf und bietet eine wirksame Antwort auf den Mangel an Fachkräften und kultursensiblen Therapieangeboten.

Ein Pilotprojekt in Zürich würde die Möglichkeit bieten, das Modell im lokalen Kontext zu testen und praxisnah zu evaluieren. Dabei könnten bestehende städtische und zivilgesellschaftliche Strukturen (z. B. Integrationsförderung, Gesundheitsdienste, Migrationsorganisationen) eingebunden werden. Die wissenschaftliche Begleitung würde sicherstellen, dass Wirksamkeit, Akzeptanz und Wirtschaftlichkeit systematisch geprüft und die Ergebnisse als Entscheidungsgrundlage für eine mögliche Verstetigung dienen können. Das Modell der CHWs stellt eine wirkungsvolle und nachhaltige Antwort auf den Fachkräftemangel und die fehlenden kultursensiblen Angebote dar. Ein Pilotprojekt wäre ein verantwortungsvoller Schritt, um die gesundheitliche Chancengleichheit in Zürich zu fördern, Versorgungslücken gezielt zu schliessen und ein skalierbares Modell für andere Städte zu entwickeln.

Mitteilung an den Stadtrat

5360. 2025/521

Interpellation von Stefan Urech (SVP) und Yasmine Bourgeois (FDP) vom 05.11.2025:

Streichung des Worts «Zigeuner» durch die städtische Fachstelle für Diversität, Integration und Antirassismus (FS DIA), Liste von zensurierten Wörtern, Rechtsgrundlage für den Entscheid und Massnahmen gegen die Mitarbeitenden bei einem Verstoss gegen die Richtlinien sowie Stellungnahme zur öffentlichen Kritik der jenenischen Autorin

Von Stefan Urech (SVP) und Yasmine Bourgeois (FDP) ist am 5. November 2025 folgende Interpellation eingereicht worden:

Für eine Weiterbildungsveranstaltung der Fachstelle für Diversität, Integration und Antirassismus der Stadt Zürich, wurde eine jenenische Autorin zu einem Vortrag zum Thema «Schweizer Jenesische» eingeladen. Ohne Absprache mit der Schriftstellerin wurde der Titel ihres Buches aus der Einladung gestrichen, da er das Wort «Zigeuner» beinhaltet und dieses gemäss dem Leiter der Fachstelle rassistisch wahrgenommen werden könne. Ebenso wurde mitgeteilt, dass der Begriff nicht ausgesprochen werden dürfe.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Existiert eine offizielle Liste von Wörtern, die gemäss der Fachstelle DIA von ihren Mitarbeitern nicht geschrieben und / oder ausgesprochen werden dürfen? Falls ja bitten wir um deren Zustellung inkl. der Kriterien für die Aufnahme auf diese Liste. Falls nein, trifft es zu, dass die Leitung der DIA je nach

Situation eigenmächtig entscheidet, welche Wörter nicht geschrieben und / oder ausgesprochen werden dürfen?

2. Welche Vorlage, Richtlinie oder interne Weisung liegt solchen Eingriffen zugrunde? Bitte um Offenlegung der Rechtsgrundlage.
3. Welche Massnahmen drohen einem Mitarbeiter der Fachstelle DIA, falls er das Wort Zigeuner ausspricht?
4. Wurden in der Vergangenheit bereits andere Wörter auf Anweisung der Stadt oder einer städtischen Stelle inhaltlich verändert oder gestrichen? Wenn ja: bitten wir um Auflistung.
5. Wie beurteilt der Stadtrat die öffentliche Kritik der jenenischen Autorin, die den Eingriff in den Titel ihres Buches als «kontraproduktive Pseudomassnahme» im Kampf gegen Rassismus bezeichnet hat?

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motion, die zwei Postulate und die Interpellation werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

5361. 2025/522

Schriftliche Anfrage von Anna Graff (SP), Markus Knauss (Grüne) und Michael Schmid (AL) vom 05.11.2025:

Eingeschränkte Parkdauer in der Veloabstellanlage beim Stadttunnel, alternative Konzepte zur 48-Stunden-Regelung, Ausbau des Angebots an Abstellplätzen, Inbetriebnahme des vorinstallierten Parkleitsystems und Ausrüstung der Flächen für E-Roller mit Doppelstöckern

Von Anna Graff (SP), Markus Knauss (Grüne) und Michael Schmid (AL) ist am 5. November 2025 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Seit der Eröffnung des Stadttunnels und der dazugehörigen Veloabstellanlage mit zusätzlichen 1250 Veloabstellplätzen gilt sowohl in der Velostation sowie rund um den Hauptbahnhof eine maximale Parkdauer für Velos von 48h. Bei Überschreitung der Dauer wird das Velo von der Stadt eingezogen und muss gegen Gebühr abgeholt werden.

Die 48h-Regelung wird den Lebensrealitäten von vielen Personen nicht gerecht, insbesondere Teilzeitarbeitenden, Wochenaufenthalter:innen sowie Stadtzürcher:innen, die per Velo für ein verlängertes Wochenende an den Hauptbahnhof fahren. Dazu kommt, dass die kostenpflichtige Velostation Europaplatz seit dem Sommer vollständig ausgelastet ist, und ein Verkaufsstopp für Abos und Wartelisten über mehrere Monate besteht.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Alternative Konzepte zur aktuellen strikten 48h-Regelung wären bspw.:
 - 7 Tage
 - 72h
 - 48h nur Werktags (d.h. ausgenommen Wochenende/Feiertage)
 - 48h nur oberirdisch

Ausserdem könnten zusätzliche Kurzzeitparkplätze an hochfrequentierten Standorten zum Einkauf realisiert werden.

Hat die Stadt diese und/oder andere Alternativen geprüft, und wenn ja mit welchem Resultat?
2. Was unternimmt die Stadt konkret, um der hohen Nachfrage an Abstellplätzen für mehr als 48h (vgl. ausverkaufte Velostation Europaplatz) nachzukommen?
3. Wird die 48h-Regelung auch für Motorräder durchgesetzt?
4. Wann wird das vorinstallierte Parkleitsystem der Velostation Stadttunnel in Betrieb genommen?
5. Existieren bereits Pläne, die heute noch wenig genutzten Flächen für E-Roller u.ä. in der Velostation ebenfalls mit Doppelstöckern auszurüsten?

Mitteilung an den Stadtrat

5362. 2025/523

Schriftliche Anfrage von Michele Romagnolo (SVP), Samuel Balsiger (SVP) und Yves Peier (SVP) vom 05.11.2025:

Kosten und Kompetenzen im Asylwesen, Entwicklung des Bruttoaufwands, weitere direkt und indirekt anfallende Kosten und Mehrkosten aufgrund der wegfallenden Bundesbeiträge sowie Kapazitätsgrenze bei der Aufnahmequote von Asylsuchenden

Von Michele Romagnolo (SVP), Samuel Balsiger (SVP) und Yves Peier (SVP) ist am 5. November 2025 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Das Asylwesen ist grundsätzlich eine Bundesaufgabe. Die Schweiz weist insbesondere im Verhältnis zur Landesfläche und zur Bevölkerungszahl im Vergleich zu anderen europäischen Ländern eine sehr hohe Anzahl von Flüchtlingen auf.

Zudem lehnt die Schweiz im internationalen Vergleich zu wenige Asylgesuche ab. Bei Gesuchen aus der Türkei beträgt die Ablehnungsquote gemäss Bundesstatistik lediglich rund 8 Prozent. In Deutschland und Frankreich liegt die Abweisungsquote hingegen bei etwa 83 Prozent – also rund zehnmal höher. Die Verantwortung für diesen Zustand liegt grundsätzlich beim Bundesrat Beat Jans (SP), welcher die Asylproblematik zunehmend auf die Gemeinden überträgt. Dies führt zu erheblichen finanziellen und organisatorischen Belastungen auf lokaler Ebene, verbunden mit entsprechend steigenden Kosten. Zur Sicherstellung der Transparenz und im Sinne der Informationspflicht gemäss §17 der Kantonsverfassung des Kantons Zürich.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen.

1. Wie hat sich der Bruttoaufwand des Asylwesens in unserer Gemeinde aus Sicht des Steuerzahlers (also ohne Entschädigung des Bundes) über die letzten 4 Jahre (2021-2024) entwickelt? Listen Sie dazu die jährlichen Beträge und die prozentuale Steigerung gegenüber dem Jahr 2020 auf.
2. In welchen weiteren Sachbereichen wie Bildung (DaZ, Heilpädagogik, Schulheime), Soziales oder Gesundheit (Pflegekosten) fallen weitere direkte oder indirekte Kosten des Asylwesens an?
3. Werden in diesen Sachbereichen die Kosten separat je nach Aufenthaltsstatus erhoben? Wenn ja, wie hoch waren die Beträge für alle Asylsuchenden in den jeweiligen Sachbereichen über die letzten vier Jahre? Wenn nein, ist eine prozentuale Schätzung oder Annahme möglich?
4. Die Bundesbeiträge für anerkannte Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Personen laufen in der Regel nach 5 bzw. 7 Jahren aus. Mit welchen Mehrkosten rechnet die Gemeinde in den kommenden 5 Jahren aufgrund der wegfallenden Bundesbeiträgen?
5. Wie verhält sich der Gemeinderat angesichts der Herausforderungen gegenüber Bund und Kanton, welche das Problem einfach an die Gemeinden schieben? Und abschliessend gefragt: Begrüssst der Gemeinderat bzw. Stadtrat eine Obergrenze der Aufnahmequote von Asylanten von 1%, bzw. wo liegt die Kapazitätsgrenze bei der Aufnahmequote von Asylanten in unserer Gemeinde?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

5363. 2025/438

Dringliche Schriftliche Anfrage von Dr. Mathias Egloff (SP), Florian Utz (SP), Lisa Diggelmann (SP) und 27 Mitunterzeichnenden vom 24.09.2025:

Auswirkungen der neuen Linienführung der Buslinie 89 für den Rütihof, Beurteilung des «fabelhaften Angebots» für das Quartier Rütihof, Einordnung des Abbaus hinsichtlich der Netzentwicklungsstrategie 2040 und möglicher Ausbau der Verbindungen in die Gebiete Letzigrund, Letzipark und Sihlcity sowie geplante künftige Verbesserungen für den Rütihof

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 3206 vom 22. Oktober 2025).

5364. 2025/439

Dringliche Schriftliche Anfrage von Isabel Garcia (FDP), Karin Weyermann (Die Mitte), Stefan Urech (SVP) und 35 Mitunterzeichnenden vom 24.09.2025: Verlegung des UBS-Hauptsitzes von Zürich ins Ausland, Beurteilung der Wahrscheinlichkeit des Szenarios, mögliche Konsequenzen, Massnahmen zur Verhinderung der Verlegung, Steueranteil in den letzten 10 Jahren, gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung und Anzahl Mitarbeitende in der Stadt sowie Auswirkungen auf den Steuerertrag bei den natürlichen Personen als Folge der Verlegung

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 3201 vom 22. Oktober 2025).

5365. 2025/317

Schriftliche Anfrage von Jean-Marc Jung (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 09.07.2025:

Asylunterkunft in Witikon, Sicherheitskonzept, geplante Dauer des Betriebs, Kosten der Betreuung für eine Familie, Orientierung der Nachbarschaft und des Quartiers sowie Hintergründe zu den beschäftigten Mitarbeitenden und Aufträgen an externe Unternehmen sowie Stellungnahme zu den Vorwürfen der Anwohnerschaft

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3209 vom 22. Oktober 2025).

5366. 2025/325

Schriftliche Anfrage von Anna Graff (SP), Hannah Locher (SP) und Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) vom 09.07.2025:

Häusliche und sexualisierte Gewalt gegen Sans-Papiers, Möglichkeit einer Anzeige ohne Gefahr ausländerrechtlicher Konsequenzen, Sensibilisierung bei der Stadtpolizei, weitere Institutionen zur Unterstützung von Betroffenen und Mitfinanzierung durch die Stadt, zusätzliche Massnahmen der Stadt sowie Präventions- und Unterstützungsangebote für Tatpersonen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3208 vom 22. Oktober 2025).

5367. 2025/328

Schriftliche Anfrage von Felix Moser (Grüne), Markus Knauss (Grüne) und Dr. Balz Bürgisser (Grüne) vom 09.07.2025:

Projekt «Nexpo», erreichte Meilensteine, aufgewendete Mittel, involvierte Stellen, mögliche Auswirkungen des Bundesratsbeschlusses zur vorläufigen Nichtfinanzierung des Projekts, Erwägung eines möglichen Projektabbruchs sowie möglicher Einbezug des Gemeinderats bei weiteren Aktivitäten

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3202 vom 22. Oktober 2025).

5368. 2025/91**Weisung vom 12.03.2025:****Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Käferholz, Umbau, neue einmalige Ausgaben**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 20. August 2025 ist am 27. Oktober 2025 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 12. November 2025.

5369. 2025/175**Weisung vom 07.05.2025:****Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Riedhof, Erweiterung, neue einmalige Ausgaben, Projektierung, Zusatzkredit**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 20. August 2025 ist am 27. Oktober 2025 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 12. November 2025.

5370. 2025/107**Weisung vom 19.03.2025:****Tiefbauamt, Strassenbauprojekt Wasserwerkstrasse, Aufwertungsmassnahmen, neue einmalige Ausgaben**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 20. August 2025 ist am 27. Oktober 2025 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 12. November 2025.

Nächste Sitzung: 12. November 2025, 17.00 Uhr